

Ganzjährig . . .	8 fl. 40 kr.
Halbjährig . . .	4 „ 20 „
Vierteljährig . . .	2 „ 10 „
Monatlich . . .	— 70 „

Ganzjährig . . .	11 fl. — kr.
Halbjährig . . .	5 „ 50 „
Vierteljährig . . .	2 „ 75 „

Für Zustellung ins Haus viertel-
jährig 25 kr., monatlich 9 kr.

Einzelne Nummern 6 kr.

Tagblatt.

Für die einspaltige Petitzeile 3 kr.
bei zweimaliger Einschaltung à 5 kr.
dreimal à 7 kr.

Inserationsstempel jedesmal 50 kr.

Bei größeren Inseraten und öfterer
Einschaltung entsprechender Rabatt.

Anonyme Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 130.

Freitag, 9. Juni 1871. — Morgen: Margareth.

4. Jahrgang.

Der Kampf um das Budget.

Zwei Tage hat der Kampf im Reichstage um die Bewilligung der Staatsgelder an das Ministerium Hohenwart gedauert und am Mittwoch ist die Generaldebatte geschlossen worden. Der Entscheidungskampf zwischen der Regierung und der Verfassungspartei ist zu Ungunsten der letzteren ausgefallen, denn es hätte ja ein Wunder geschehen müssen, wenn der alte Wanfelmuth, die ewige Zerfahrenheit nicht auch bei dieser Gelegenheit, wo es sich um das Sein oder Nichtsein einer Verfassung in Oesterreich handelt, zu Tage getreten wäre. Dazu kam noch, daß die Regierung während der letzten Tage alle Hebel in Bewegung gesetzt hat, um aus dieser heillosen Zerfahrenheit für sich Kapital zu schlagen und die Unentschiedenen zu sich hinüber zu ziehen. Namentlich gelang es, die Großgrundbesitzer, die ohnehin nur so lange verfassungstreu sind, als es sich bloß um Frazen handelt, ins gegnerische Lager hinüber zu locken. Ein „hochgestellter Beamter“ machte ihnen die Mittheilung, höchstenorts betrachte man die Geldverweigerung nicht als eine gegen das Ministerium, sondern als eine gegen die Krone selbst gerichtete Maßregel. Zudem wurde durch die Budgetverweigerung der Krone der Gedanke nahegelegt, mit den Czeden um jeden Preis Frieden zu machen, der Föderalismus, vor dem man so sehr zittere, stehe dann erst recht vor der Thür. So wurden 16 Großgrundbesitzer, an ihrer Spitze der portefeuillefähige Exstatthalter v. Lasser, fahnenflüchtig, ein paar kaiserliche Beamte, Plener und der steierische Landesgerichtsrath Tomšić, waren wenigstens so ehrlich, ihr Mandat niederzulegen, weil sie sich nicht mehr in Uebereinstimmung mit ihren Wählern befanden. Herr Gustav Groß, Generaldirektor der Nordwestbahn, erhielt in den letzten Tagen Zugeständnisse in einer Eisenbahnangelegenheit und legte ebenfalls sein Mandat nieder. Ministerialrath Leeder erscheint schon seit einiger Zeit nicht mehr bei den wichtigen Sitzungen. So ist es gelungen, die Verfassungspartei, die bei der Adressdebatte noch über eine Mehrheit von 27 Stimmen gebot, auf etwas über sechszig Mitglieder einzuschränken.

Daß bei solcher Gestalt der Sache die Stimmung des verfassungstreuen Häufleins der Linken eine gebrückte, sorgenvolle war, auf der Rechten des Hauses dagegen triumphirendes, siegesgewisses Lächeln, höhnische Zurufe, das ganze Gebahren des Mameluthenthums herrschte, wie es sich in den schönsten Tagen des Bonapartismus in der französischen zweiten Kammer breit gemacht, ist nicht zu verwundern. Die Herren Svetec und Costa namentlich geberdeten sich ganz schon als zukünftige Erzelenzen, sie konnten aus dem Herumtummeln, Händedrücker, verständnißinnigem Lächeln gar nicht mehr herauskommen. Was wir zu gewärtigen haben, wenn diese Herren einmal aus Ruber kommen, kann jeder aus dem übermüthigen Gebahren derselben noch vor dem Siege entnehmen.

Nach einem Geplänkel zwischen dem Finanzminister Polzethan und Dr. Brestl darüber, warum

letzterer nicht auch nebst dem Finanzgesetz pro 1871 über die beiden andern Vorlagen (den Nachtrag zum Finanzgesetz und den Vorschlag wegen Begebung von Renten im Betrage von 60 Millionen zur Deckung des Abgangs) Bericht erstattet habe, eröffnete Dr. Groß, Bürgermeister von Wels in Oberösterreich, den eigentlichen Angriff gegen das Ministerium mit den ernstesten Worten: „Meine Herren! Während der zehnjährigen Periode meines parlamentarischen Wirkens habe ich so manchen ersten Moment durchgemacht, keinen ernstern, gefährlicheren als heute. Wir stehen nicht am Anfange, sondern bereits in der Mitte der Reaktion, und die Erinnerungen an unsere Reaktionsperioden sind sehr schmerzlich. Die erste schloß mit Solferino, die zweite mit Königgrätz ab. Wo die dritte abschließen wird, das weiß ich nicht. Aber daß sie nicht lange dauern wird, das weiß ich; denn die Rolle der Schmerzenskinder zu spielen, sind heute die Deutschen am allerwenigsten gewillt. (Lebhafter Beifall im Hause und auf der Galerie.) Uns bleibt heute kein anderes Mittel, als dieser Regierung die Mittel zur Realisirung ihrer Ziele zu verweigern.

Ich stelle daher den Antrag:

„In Erwägung, daß in einem Verfassungsstaate das einheitliche Zusammenwirken zwischen Regierung und der Mehrheit der Volksvertretung eine unabwiesliche Bedingung der gedeihlichen Entwicklung des Staatslebens und eine unentbehrliche Grundlage des inneren Friedens bildet:

In Erwägung, daß die bisherigen Akte der Regierung von dem Abgeordnetenhaus als mit dem Wohle des Staates schlechterdings unvereinbar erklärt worden sind;

in Erwägung, daß die Regierung dessenungeachtet im Amte bleibt, ohne zugleich an die Wählerschaft zu appelliren;

in Erwägung, daß die nunmehr offen zu Tage getretenen Tendenzen der Regierung die Schwächung der Zentralgewalt, die Zersetzung und schließlich Aufhebung der parlamentarischen Gesamtvertretung und damit die Voderung, ja Vernichtung der Einheit und Macht des Reiches herbeiführen müßten, vielleicht sogar dessen Existenz gefährden würden;

in Erwägung, daß das Abgeordnetenhaus es mit seiner unwandelbaren Treue wider die allerhöchste Dynastie und seiner Verantwortlichkeit gegen die Bevölkerung, mit seiner pflichtmäßigen Objorge für die höchsten Interessen des Staates, sowie mit der Würde der Volksvertretung für unvereinbar hält, dem Ministerium, welches solche Ziele verfolgt, die Mittel hiezu zu bewilligen,

beschließt das Abgeordnetenhaus: Es sei in die Berathung über den Bericht des Finanzausschusses, betreffend den Voranschlag für das Jahr 1871, derzeit nicht einzugehen.“

Der Antrag wird von der ganzen Linken mit Ausnahme Plener's unterstützt; vom Centrum erheben sich Beeß und Pillersdorf dafür.

Bei den Worten von der letzten Niederlage, die das Reich durch die Schuld dieser Minister erleiden soll, zuckte Graf Hohenwart zusammen und machte rasch eine Aufzeichnung auf das vor ihm

liegende Papier. Nach Groß ergriff Smolka von der Rechten das Wort. Ist das noch derselbe Smolka, der begeisterte Vorkämpfer der Freiheit vom Jahre 1848, der Präsident des Kremsirer Reichstages? O nein! heute ist er ein Genosse der frömmelnden Polenschaar, ein Parteigänger des jüdisch-jesuitischen Maczko, heute rutscht er vor der Ministerbank auf den Knien. Längst hat er die Fahne der Freiheit im Stich gelassen, heute weilt er in den Vorkammern der Minister und Rückschrittler. Nicht mehr die läppiichen Grundgesetze, sondern viel praktischere Dinge, wie Banken, Verzehrungssteuerpachtungen, bilden heute seine Passion. Das Geschäft ist ja viel einträglicher. Wir können uns füglich der Mühe überheben, die Reden solcher Helden, wie Smolka, Weigel, nomine Germanus, gente Polonus, wie er sich selbst nannte, zu skizziren, genug, daß sie das Abgeordnetenhaus nur noch als Rekruten- und Steuerbewilligungsmaschine gelten lassen wollen.

Dagegen sprach Giskra goldene Worte über die Folgen des föderalistischen Experiments. Wenn der Boden der böhmischen Deklaration von Seite der Minister diskutirbar geworden ist, sagt er, dann wissen wir, daß der Geist der österreichischen Verfassung, die gegenwärtig herrscht, im Herzen oder im Kopfe der Minister vollständig verflüchtigt ist. Der Föderalismus hat nach meiner Ueberzeugung die Vernichtung des Staatsgedankens zur Folge durch die Entfremdung der einzelnen Theile von dem Ganzen, durch Verweisung der einzelnen Theile zur Selbststation für ihre partiellen Zwecke. Der Föderalismus zerlegt den Staat, bringt die einzelnen nationalen Minoritäten in die gefährlichste Lage, stellt die wichtigsten Errungenschaften geistiger Kultur und der Gewissensfreiheit in Frage, lähmt die Macht des Reiches nach Außen, atomisirt das Reich und führt es zu seinem Ruin!

Ebenso waren die Worte des Präsidenten der Wiener Handelskammer, Herrn Wahrhoser, von um so größerer Bedeutung, als sie vom würdigsten Vertreter der industriellen Welt kommen und die in diesen Kreisen herrschende Gesinnung getreu widerspiegeln. Mit heißender Ironie illustriert er das Gebahren der Regierungsmänner, die unter Beibehaltung der äußeren Verfassungsformen die Verfassung untergraben und sich mit dem „vollen Vertrauen“ der Krone decken. Ein Rückblick auf die Zeit des Ministeriums Belcredi und die Sistirungs-epoche, die innig mit der gegenwärtigen Regierung verwandt ist, zeige satissam, welches fürchterliche Lehrgeld Oesterreich für derlei Experimente zahlen müsse. Der letzte Redner am ersten Tage, Dr. Rechsbaue, hat das Verdienst, den Lokaltätshenkeleien der Rechten gegenüber die Dinge einmal beim rechten Namen genannt zu haben. Wenn, sprach er, einer von den Herrn von jener Seite des Hauses gesagt hat: Nehmt Euch ein Beispiel an uns, wir verweigern kein Budget, so sage ich: Ja, das glaube ich, Sie laufen einfach davon und lassen uns hier sitzen. Wenn man den Grund dafür sucht, daß wir nie zum Abschlusse des inneren Friedens kommen können, er ist nur in dem fortwährenden Experimentiren und in dem Nichtfesthalten an dem, was als Gesetz

gegeben ist, zu suchen. Wenn man heute feierlich etwas als unabänderliches Recht erklärt und es morgen als Fiktion bezeichnet, wenn man heute etwas als unantastbare Verfassung hinstellt und es morgen wieder suspendiert, wenn man heute ein parlamentarisches Regime einführt, während desselben aber mit den Feinden desselben liebäugelt, dann muß man offenbar irre werden an dem, was Recht und Gesetz ist. . . . Es ist möglich, daß man vielleicht auf nicht legalem Wege über alle Verfassung hinweggeht, allein wenn man mit Gewalt uns das Recht nimmt, so wird die Gewalt bestehen, so lange sie eben ist, aber das Recht wird bleiben. Wenn wir aber selbst unser Recht aufgeben, wenn wir nicht den Muth haben, unser Verfassungsrecht zum Schutze der Verfassung geltend zu machen, so sind wir diejenigen, die uns selbst zu Grunde gerichtet haben. (Die Fortsetzung in der Rundschau.)

Politische Rundschau.

Laibach, 9. Juni.

Inland. Die Generaldebatte über das Budget wurde am Mittwoch zu Ende geführt. Mit 77 gegen 67 wurde der Antrag des Abgeordneten Franz Groß: Auf die Budgetdebatte derzeit nicht einzugehen, abgelehnt, somit das Eingehen in die Verathung beschlossen. Damit hat das Haus sich in auffallenden Widerspruch mit sich selbst gesetzt, indem es die Steuern einem Ministerium bewilligt, dem es vor ein paar Wochen mit eklatanter Majorität sein Mißtrauen ausgesprochen und dessen Entfernung vom Amte es verlangt hatte. Wie das gekommen, haben wir oben angedeutet. Es erübrigt uns noch über den Verlauf der Debatte am zweiten Verhandlungstage zu berichten. Fünf Redner für das Budget, vier gegen dasselbe ergriffen das Wort, und zwar die Abgeordneten Kovacs, Pasolini, Ginzl, Chlumetzky und Smolka dafür, Skene, Hadelberg, Dinsl und Sturm dagegen. Die Herren Chlumetzky und Ginzl, die bekanntlich bei der Adressdebatte mit der Majorität gestimmt, gaben sich alle Mühe, das Haus von ihrer Verfassungstreue zu überzeugen und zu beweisen, daß die Budgetfrage keine Kardinalfrage und die Bewilligung desselben nicht mit einem Vertrauensvotum gleichbedeutend sei. Mit Trugschlüssen, erzwungenen Folgerungen, unter Hervorkehrung aller möglichen Lokaltätsrückichten begründeten die abtrünnigen Herren ihr Benehmen und suchten ihre Fahnenflucht zu beschönigen.

Besser hätten sie geschwiegen, zu überzeugen vermochten sie niemanden. Mit Geist und Kraft zeichnete Dr. Sturm die Lage, wies den Großgrundbesitzern das Irrge ihrer Anschauung schlagend nach, machte den Polen den Standpunkt der Verfassungspartei klar, indem er, auf ihre Uneinigkeit hinweisend, scharf betonte, daß die Deutschen wohl eine Verständigung mit den galizischen Resolutionisten, nimmermehr aber mit den Föderalisten vom Schlage Smolka's suchen werden. Der Abgeordnete Skene schilderte die gefährlichen Folgen einer Verlegung der Regierungspolitik in die Landtage und führte aus, wie die Sonderpolitik sich breit machen und die Organisation und den Geist der Armee untergraben werde. Einen wohlthuenden Eindruck machte die Rede des Freiherrn von Hadelberg, eines steierischen Großgrundbesitzers, welcher der Verfassungspartei treu geblieben. Er erklärte, er sehe sich und seine fahnengetreuen Genossen nicht als Vertreter einer Gruppe, sondern als Förderer der gemeinsamen Reichsinteressen an.

Durch den vom Hause angenommenen Schluß der Debatte blieb es demselben erspart, die Auslassungen des Anstifters des schmählichen Abfalls, des Freiherrn von Vasser, hören zu müssen. Zum Schluß ergriff auch Graf Hohenwart das Wort. Er rißte da sogleich wieder einen seiner beliebten sophistischen Sätze auf, die Verathung des Budgets sei eine Pflicht des Reichsrathes und der Antrag auf Verweigerung eine Verletzung dieser Pflicht. Die konstitutionelle Praxis scheint nicht die starke Seite

des Herrn Grafen zu sein, sonst müßte er doch auch wissen, daß es nicht nur konstitutionelle Pflichten, sondern auch konstitutionelle Rechte gibt, daß das Budgetbewilligungsrecht das wichtigste von allen ist, daß in ihm Schutz und Schirm jeglicher Verfassung liegt. Sonst beschränkte er sich auf die Erklärung, er wälze die Verantwortung für die Budgetverweigerung auf die Schultern des Abgeordnetenhauses, womit er deutlich zu verstehen gab, er werde sich die nöthigen Geldmittel auf jeden Fall zu verschaffen wissen und hoffe mit oder ohne Abgeordnetenhaus sein Ziel zu erreichen.

Mit der Abstimmung am 7. Juni ist also die prinzipielle Vorfrage entschieden. Es wird nun die Detailberathung des Budgets beginnen. Da die Verfassungstreuen nicht das Beispiel der Gegner nachahmen und davonlaufen werden, um den Reichsrath beschlußunfähig zu machen, so können sie nichts thun, als bei der Spezialdebatte für möglichst niedere Ansätze zu stimmen. Die Budgetdebatte wird daher voraussichtlich eine sehr kurze werden. Möglich, daß sich die verfassungstreue Majorität noch einmal zusammen findet, wenn es sich darum handelt, zur Deckung des Defizits den Finanzminister zu ermächtigen, Rente herauszugeben, und daß sich da noch ein heißer Kampf entspinnt.

Ausland. In Deutschland ist der parlamentarische Friede zwischen dem deutschen Reichstage und dem Fürsten Bismarck wieder hergestellt. Nur gegen die Pressorgane Bismarcks, welche sich erlaubt haben, dem Reichstage Strafreden zu halten und Belehrungen zu ertheilen, herrscht noch eine große Verstimmung.

Die Sukzessionsfrage im Herzogthume Braunschweig ist bekanntlich wieder in neuer Form angelegt worden. Das „Braunschw. Tgl.“ bestätigt, daß man sich von Hiebing aus bemühe, für den Prinzen Ernst August von Hannover ein standesgemäßes Haus in Braunschweig zu erwerben, da es in Absicht stehe, denselben dem Herzoge zum Mitregenten und späteren Nachfolger in der Regierung zu empfehlen. Nach derselben Quelle soll Kaiser Wilhelm unter gewissen Bedingungen, „welche Bürgschaften für die Zukunft gewähren,“ bereit sein, seine Zustimmung zu der Mitregentschaft und Nachfolge des Kronprinzen von Hannover zu ertheilen. Die „Kölnische Zeitung“ ist jedoch anderer Ansicht und erklärt die Einsetzung eines Welfenhofes in Braunschweig vom politischen und rechtlichen Standpunkte aus für unzulässig.

Ueber die Zustände in Paris und den Provinzen Frankreichs erhalten wir noch immer keine befriedigenden Nachrichten. Der „Français“ meldet neuerlich: „Mit Bedauern erfahren wir, daß der Geist der Bevölkerung von Belleville's und der Buttes Chaumont bei weitem noch kein beruhigter ist. Die Truppen, welche in diesem Stadttheile nach Pulver suchen, werden mit Grobheiten empfangen und es sind sogar Schüsse gegen die Soldaten gefallen.“ In Marseille wurden „wegen Aufreizung zum Bürgerkriege“ am Abend des 2. Juni der Chefredakteur, Gerant und Buchdrucker des „Reveil Marseillais“ verhaftet. Sorbier, Redakteur des Journals „La Fraternité“ in Marseille, wurde durch das Kriegsgericht zu zwei Jahren Gefängniß und 1000 Franken, der Gerant zu einem Monat und 16 Franken verurtheilt. Auch wurden in Marseille am 2. d. zwölf Verhaftungen vorgenommen. Der „Courrier de Lyon“ meldet, daß auch in Lyon Verhaftungen erfolgt seien, da Abends in den Gruppen auf den öffentlichen Plätzen Leute umhergehen, welche die Ereignisse von Paris benutzen, um die Massen aufzuheizen. In Tours wurden Brandplakate angeheftet, worin es heißt: Thiers habe von neuem Frankreich verrathen, man müsse ihn stürzen und zu den Waffen greifen.

Während die Nationalversammlung in Versailles den Chef der Exekutivgewalt mit Vertrauensvoten überhäuft, trifft sie alle Vorbereitungen zu einem baldigen Staatsstreich. Der „Kölnischen Zeitung“ geht die Mittheilung zu, es werde

demnächst im Schoße der Nationalversammlung der Antrag gestellt werden, den Herzog von Numale zum „lieutenant général de la France“ zu ernennen, eine Titulatur, die direkt an das Zuli-Königthum anknüpft, dessen Träger auch zuerst „lieutenant général du Royaume“ hieß, ehe er den Königstitel annahm.

Zur Tagesgeschichte.

— Die amtliche „Graz. Ztg.“ berichtet über die Exzesse der Arbeiter: „In Folge der Vereinsauflösung kam es am 6. d. M. Abends zu bedauerndwerthen Ausschreitungen. Es versammelten sich mehrere hundert Arbeiter vor dem behördlich abgesperrten Vereinslokal (in der ehemaligen Waisenhausfaserne) und zogen gegen 9 Uhr in geordneten Reihen und die „Marseillaise“ singend, unter „Hurrah“-Rufen in die Stadt. Es mögen ihrer an 400 Köpfe gewesen sein. Bei der Dreifaltigkeitssäule (in der Sackstraße) angelangt, trieben dieselben eine Anzahl Personen, welche daselbst ihre Andacht verrichteten, auseinander und setzten sodann ihren Marsch durch die Herrngasse und Ringstraße zur k. k. Burg fort. Hier stießen die Arbeiter auf Beamte der Sicherheitsbehörde, welche dieselben nachdrücklich zum Auseinandergehen aufforderten. Da die Arbeiter selbst nach den energischsten Mahnungen und dem Hinweis auf die Folgen solcher Ausschreitungen nicht Folge leisteten, ja sich sogar den Eintritt in's Innere der k. k. Burg erzwingen wollten, wurde endlich zur Räumung des Platzes vor dem Burghore geschritten, wobei die Sicherheitswache von der k. k. Militär-Burgwache kräftig unterstützt wurde. Der Platz wurde gesäubert, mehrere Arbeiter, die sich gegen das k. k. Militär und die Organe der Sicherheitswache renitent benommen hatten und die Masse zum Widerstand haranguirten, wurden verhaftet und gegen 11 Uhr Nachts war die Ruhe völlig wieder hergestellt. Zu bemerken ist noch, daß während des Exzesses zwei Schüsse, und zwar, nach genauen Erhebungen, nicht vom Militär — abgefeuert wurden.“

Total- und Provinzial-Angelegenheiten.

Total-Chronik.

— (Der Landespräsident Wurzbach) hat erklärt, sein Landtags-Abgeordneten-Mandat sei unvereinbar mit der Vertretung der Regierung, und er legte es deshalb nieder.

— (Die slavischen Studenten in Graz.) Das slavische Universitäts-Studentenkomitee forderte am Vorabende des Frohnleichnamfestes die slavischen Studenten auf, sich demonstrativ an der Frohnleichnamprozession zu betheiligen; dies soll wahrscheinlich eine Gegendemonstration gegen die Döllinger-Adresse der deutschen Studentenschaft sein.

— (Eisenbahn Laibach-Tarvis.) Wie aus einem im Eisenbahn-Zentralblatte veröffentlichten Erlasse des Finanzministeriums hervorgeht, besteht das Anlage-Kapital der in Rede stehenden Linie in 40.689 Aktien à 200 fl. und 27.127 Prioritäten à 300 fl., d. i. 16.275.900 fl., und um 143.400 fl. weniger, als konzessionsmäßig gestattet war.

— (Vom Tode gerettet.) Aus Görz, 4. d. schreibt man dem „Wanderer“: Der Wahrheit zur Steuer habe ich heute eine Todtenerweckung vorzunehmen. Jener unglückliche Schütze, welcher bei der Bärenjagd am oberen Iglo (Trentathale) vom Bären so übel zugerichtet wurde, lebt noch und ist entschieden auf dem Wege der Besserung. Die Leser (auch wir brachten seinerzeit die bezügliche Mittheilung) erinnern sich wohl noch, daß das Thier dem Manne einen Unterkiefer dergestalt herausriß, daß der Kehlkopf bloßgelegt wurde. Der Mann ging, aber unterstützt, nach Hause — setzte sich nieder und schrieb sein Testament, dann seine Beichte und hierauf erst begab er sich zu Bette. Wie erwähnt, verlief er aber dem scheinbar unausweichbaren Tode nicht, sondern geht der Genesung entgegen. Natürlich ist er der Sprache beraubt und kann nur mittelst einer Röhre mit flüssigen Speisen genährt werden.

Aus dem Gerichtssaale.

Prozeß Domenig.

Dritter Verhandlungstag.

Laibach, 7. Juni 1871.

Heute kam das dem Angeklagten zur Last liegende Verbrechen des Betruges zum Nachtheile der Konkursgläubiger insoweit zur Verhandlung, als dasselbe auf die Aufstellung erdichteter Gläubiger Bezug nimmt.

Der Vorsitzende konstatiert, daß Andre Domenig in dem am 23. Oktober 1869 beim hiesigen Landesgerichte überreichten Vermögensstatus unter den Passiven eine Schuld von 10.900 fl. an seinen Schwiegervater Johann Schmidl angeführt habe, und zwar 7000 fl. aus einem Schuldscheine, dann fünf Wechselschulden pr. 1900 fl., 700 fl., 300 fl., 500 fl. und 500 fl.

Vors.: Wie sind die Wechselforderungen Ihres Schwiegervaters entstanden?

Angekl.: Der Schwiegervater hatte von Prag, Graz und Ungarn Kapitalien bezogen, mir dieselben als Darlehen gegeben und ich habe ihm hiefür fünf Wechsel ausgestellt.

Vors.: In der Untersuchung konnten Sie sich an die Zahl der Wechsel nicht genau erinnern; im Art. Nr. 45 sprachen Sie nur von 4 Wechseln per 1900, 700, 500 und 500 fl.; im Art. 148 sagten Sie, nicht zu wissen, wie viel Wechsel bestehen.

Angekl.: Ich hatte vergessen, daß mehrere Wechsel in einen Wechsel zusammen gezogen wurden.

Vors.: Haben Sie auf jeden Wechsel die Valuta bekommen?

Angekl.: Ja.

Vors.: In der Untersuchung sagten Sie ganz anders; so sagten Sie im Art. 153, daß ein Wechsel durch Uebernahme einer Forderung des Schmidl an Schiefler entstanden sei?

Angekl.: So ist es.

Vors.: Unrichtig! denn Schmidl hat beim Schiefler'schen Verlaß zwei Forderungen per 500 und 300 fl. angemeldet, und diese sind durch Dr. Schreiner realisiert und die bezüglichen Beträge an Ihren Schwiegervater eingeschickt worden.

Angekl.: Und ich erhielt sie.

Vors.: Wie ist der Wechsel per 1900 fl. entstanden?

Angekl.: Aus den kleinern Wechseln per 700, 500, 500 und 300 fl.

Vors.: Im Art. 182 haben Sie doch angegeben, daß der Wechsel pr. 1900 fl. separat aufrecht bestehe und Sie haben ihn auch im Status aufgenommen.

Angekl.: Ich habe mich erst nachträglich an die Zusammenziehung erinnert.

Vors.: Die vier kleinern Wechsel machen 2000 fl. aus. Wie kommt es, daß der Gesamtwechsel nur über 1900 fl. ausgestellt wurde?

Angekl.: Die 100 fl. wurden separat bezahlt. Unter anderm gab ich dafür meinem Schwiegervater die eiserne Kasse.

Vors.: Wann geschah die Novation?

Angekl.: Ich kann keinen Zeitpunkt nennen.

Vors.: 1868 oder 1869?

Angekl.: Ich glaube 1868.

Vors.: Vor oder nach Ihrer Wiener Reise?

Angekl.: Ich weiß es nicht.

Vors.: Ich werde ihr in Gedächtnisse zu Hilfe kommen. Schmidl gibt an, daß Sie ihm schon im November 1868 die Ausstellung des Gesamtwechsels versprochen, denselben jedoch erst Mitte Oktober 1869 übergeben haben?

Angekl.: Ich weiß es nicht.

Vors.: Was ist mit dem Wechsel geschehen?

Angekl.: Jedenfalls hat ihn Schmidl in die Hand bekommen und ihn eingeklagt.

Vors.: Ihr Schwiegervater behauptet jedoch, ihn nicht eingeklagt zu haben.

Angekl.: Ich habe ihn nicht eingeklagt.

Vors.: Auf welche Zeit war der Wechsel ausgestellt?

Angekl.: Ich weiß es nicht.

Vors.: Was geschah zur Verfallszeit mit dem Wechsel?

Angekl.: Ich glaube, er wurde prolongirt.

Vors.: Im Wechselbuche erscheint der vom Jahre 1868 datirte Wechsel erst im Jahre 1869 eingetragen.

Angekl.: Ich habe den Wechsel nicht gleich eingetragen, sondern auf die Seite gelegt.

Vors.: Sie haben aber gerade früher gesagt, daß Sie den Wechsel nicht in Händen gehabt haben. Der Angeklagte kann hierüber keine Aufklärung geben.

Vors.: Was ist mit den andern vier Wechseln geschehen?

Angekl.: Das weiß ich nicht.

Vors.: Sie haben in Ihrem Verhöre eine Forderung des Schmidl pr. 4000 fl. erwähnt, welche jedoch im Status nicht aufgenommen ist. Was hat es mit dieser Forderung für ein Verhältniß?

Angekl.: Der Schwiegervater übergab mir eine Polizza der Versicherungsgesellschaft „Janus“ per 4000 fl. zur Einkassirung, welche ich bei Zinner in Wien realisirte.

Vors.: Haben Sie die 4000 fl. als Darlehen erhalten?

Angekl.: Ja.

Vors.: Welches Schuldokument wurde über die 4000 fl. ausgestellt?

Angekl.: Ein Wechsel.

Vors.: Ein solcher Wechsel kommt auch im Wechselbuche vom Jahre 1867 vor, bei dem die Bemerkung „ausgetauscht“ steht. Dieser Wechsel wiederholt sich am 27. August 1867 mit der Anmerkung „Schuldschein ausgestellt.“

Angekl.: Ich erwirkte von meinem Schwiegervater etwas billigere Zinsen, weshalb ich nachträglich einen Schuldschein ausstellte.

Vors.: (Weist den Schuldschein vor.) Auf dem Schuldscheine erscheinen die Stempel unter der Schuldurkunde aufgeklebt und mit Ihrem und Schmidls Namen überschrieben. Es hat daher den Anschein, daß der Schuldschein vorbereitet war, um ihn zu geeigneter Zeit zu verwenden.

Angekl.: Das ist nicht wahr. Der Schuldschein wurde schon ursprünglich so ausgestellt.

Vors.: Die Klausel am Schuldscheine, betreffend die Zinsherabsetzung, erscheint, obgleich späteren Datums, mit der gleichen Tinte wie die Schuldurkunde geschrieben.

Angekl.: Es kann ja in den beiden Fällen dieselbe Tinte gewesen sein.

Vors.: Im Hauptbuche erscheinen sub Fol. 72 die Zinsen dieses Kapitals bis zum 25. Februar 1867 berichtigt, obwohl der Schuldschein vom 25. Februar 1868 ausgestellt und das Geld für die Polizza erst im April 1867 eingelangt ist.

Angekl.: Das muß ein Schreibfehler sein.

Vors.: Es liegen vom Schmidl zwei Bestätigungen über die erhaltenen Zinsen bis 25. Februar 1869 vor.

Angekl.: Ich weiß nicht, wie dies kommt, ich habe sie nicht zweimal bezahlt.

Vors.: Warum kommt die Forderung per 4000 fl. nicht im Status vor?

Angekl.: Weil ich sie mit meiner Forderung an L., welche ich an Schmidl abtrat, für kompensirt hielt.

Vors.: Demnach besteht die Forderung per 4000 fl. nicht mehr zu Recht?

Angekl.: Nein.

Vors.: Wie ist die Forderung per 7000 fl. entstanden?

Angekl.: Mein Schwiegervater wurde verständigt, daß von seinen beim Generalkommando sequestrirten Werthpapieren ein Betrag von etwas über 7000 fl. behoben werden könne. Diese Behebung erfolgte in Graz durch meinen Bruder Josef auf Grund einer ihm von Schmidl ausgestellten Vollmacht. Schmidl händigte mir sodin die 7000 fl. Darlehen ein.

Vors.: Was für ein Schuldokument wurde über die 7000 fl. errichtet?

Angekl.: Ein Schuldschein.

Vors.: Im Artikel 152 Ihres Verhörs haben Sie doch nicht gewußt, ob ein Schuldschein oder ein Wechsel ausgestellt wurde und verlangten sogar, man solle den Wechsel einsehen?

Angekl.: Es kann wohl ein Wechsel gewesen sein.

Vors.: Im Wechselbuche erscheint wirklich der Betrag als Wechsel. Die erste Eintragung vom Oktober 1867 ist so flüchtig, daß sogar das Datum vergessen wurde. Die zweite ist am Rande der untern Zeile mit flüchtiger Hand angelegt, welche Eintragung unter dem Rande sonst im Wechselbuche nicht vorkommt. Die dritte Eintragung ist am obern Rande noch vor der ersten Zeile, da Sie sonst die Zeilen immer eingehalten haben, während die letzte wieder am untern Rande unter der letzten Seite vorkommt. Dieses alles hat den Anschein, daß die Eintragungen der Täuschung wegen später eingeflickt worden sind?

Angekl.: Ich habe die Eintragung nicht gleich, sondern später, um Ordnung zu machen, vorgenommen, da ich überhaupt auf Wechsel, die meinen Schwiegervater betrafen, keine solche Aufmerksamkeit verwendete, als bei Bankwechseln, bei denen ich die Zahlungstermine genau einhalten mußte.

Vors.: Wie kommt es, daß die Forderung als Wechselforderung eingetragen erscheint, da über dieselbe doch ein Schuldschein ausgestellt wurde?

Angekl.: Es wurde zuerst ein Wechsel und erst dann ein Schuldschein ausgestellt.

Vors.: Bei der letzten Eintragung des Wechsels erscheint der Beisatz „zahlt,“ ein Ausdruck, den Sie immer im Wechselbuche gebrauchten, sobald eine Forderung bezahlt wurde.

Angekl.: Dies dürfte deshalb geschehen sein, weil statt des Wechsels der Schuldschein ausgestellt wurde.

Vors.: Im Hauptbuche erscheint bei dem bezüglichen Aktepte die Bemerkung „eingelöst.“

Angekl.: Wahrscheinlich wollte ich damit sagen, daß ich hiefür dem Schwiegervater meine Forderungen an den Simon Bouf'schen Verlaß abgetreten habe.

Vors.: In demselben Monate erhielt aber Ihr Schwiegervater ein Schreiben des Dr. D. mit 22 Stück Rudolfsbahnaktien im Werthe von 4400 fl., und durch das Handlungshaus R. in Wien eine Barsendung von 3000 fl., demnach ungefähr so viel als das Akzept ausmachte, woraus man folgern muß, daß das Akzept wirklich beglichen wurde.

Angekl.: Diese Werthsendungen ließ ich nur unter Adresse meines Schwiegervaters kommen, weil ich Furcht hatte, daß mein Gläubiger M. in Wien darnach greifen könnte. Mein Schwiegervater hat mir jedoch die Werthsendungen ungeschmälert ausgefolgt.

Vors.: Haben Sie die 3000 fl. verbucht?

Angekl.: Ich suchte längere Zeit im Hauptbuche nach und findet die Verbuchung der 3000 fl. unterm 15. Oktober 1868.

Vors.: Woher rührten die Rudolfsbahnaktien?

Angekl.: Dieselben habe ich für Raimund P. in Laibach bestellt.

Ueber Antrag der Staatsanwaltschaft wird der Zeuge Raimund P. vorgeladen und bestätigt derselbe nach seinem Erscheinen, daß er von Domenig im Oktober 1868: 19, möglicherweise auch 23 Stück Rudolfsbahnaktien erhalten habe.

Der Verteidiger des Johann Schmidl, Dr. Suppan, verlangt die Vorlesung mehrerer Aktenstücke, aus welchen sich rücksichtlich des Darlehens pr. 700 fl. zur Gewißheit ergeben wird, daß eine Verkürzung der Konkursmasse eine Unmöglichkeit war, da die Forderung der Bodentreditgesellschaft an Domenig pr. 14000 fl. zu Recht besteht und Schmidl nur seine Regressansprüche bezüglich jener 7000 fl., für die er der genannten Gesellschaft gegenüber als Bürge eingetreten ist, beim Konkurse angemeldet hat, und von der Bodentreditanstalt auch nur 7000 fl. angemeldet wurden.

Es gelangen hierauf durch den Vorsitzenden verschiedene Schriftstücke zur Verlesung, aus welchen sich ergibt, daß für Schmidl um die oberrwähnte Zeit 7057 fl. 10 kr. bei der Kriegskasse in Graz angewiesen wurden, daß Domenig der Bodentreditanstalt

